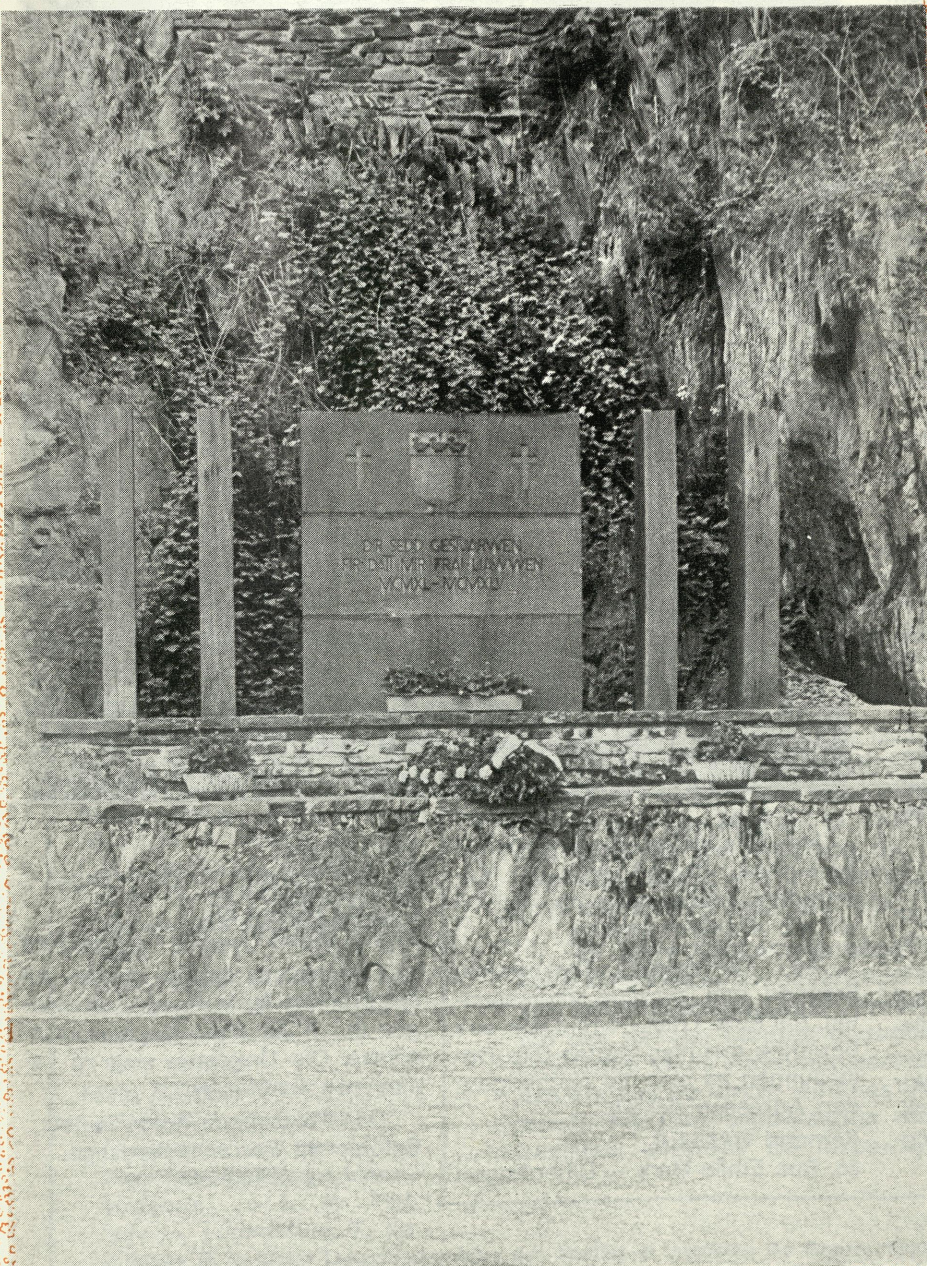


# LES SACRIFIÉS

Bulletin mensuel de la Fédération des Victimes du Nazisme enrôlées de Force



N° 6-7/1977

16e année

Prix: 12.- frs. lux.

Abonnement: 100,— frs

**Monument  
aux Morts  
Clervaux**

Fédération :  
9, rue du Fort Elisabeth  
Luxembourg

## «Taak» der Zwangsrekrutierten

Wir sind erfreut, die «Taak» der Zwangsrekrutierten in unserem Bülletin «Les Sacrifiés» vorstellen zu dürfen.

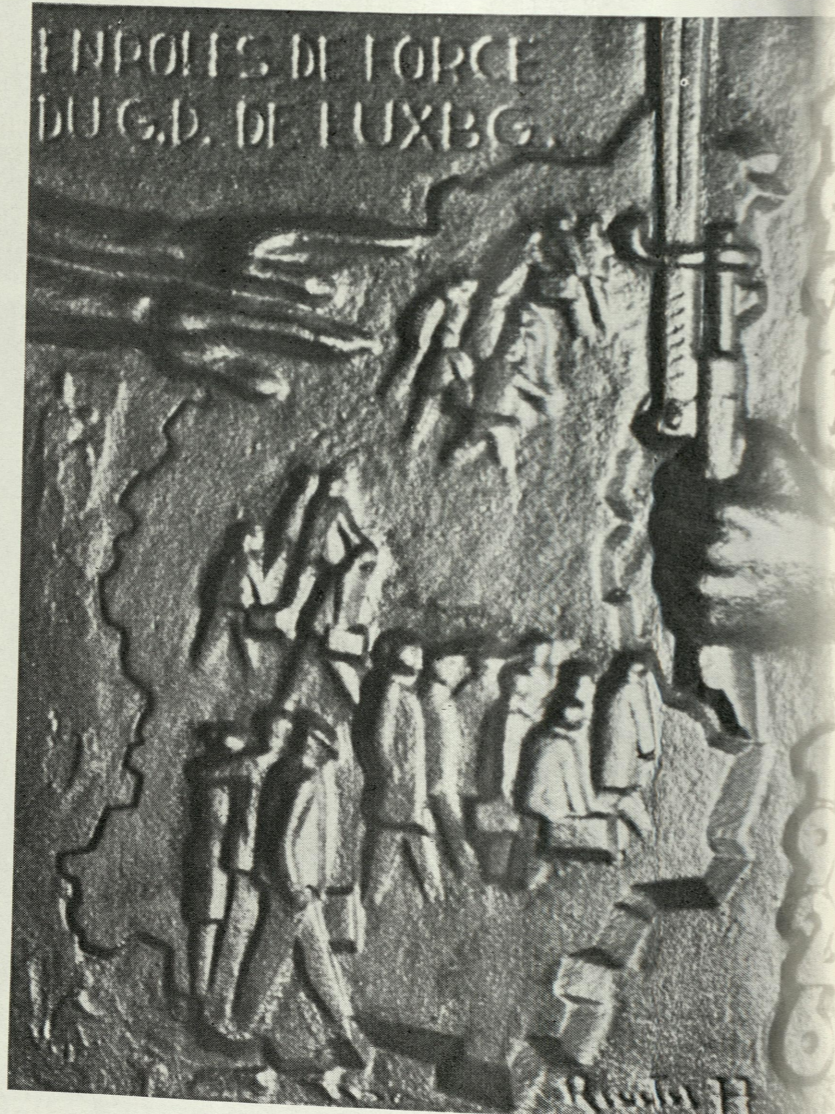
Wie das Buch «Die geopfert Generation», so soll ebenfalls dieses Kunstwerk, das einen nationalen Charakter hat, ein weiterer Beitrag sein, alle Luxemburger zu sensibilisieren, resp. zu erinnern an das ungewöhnliche Leiden der geopfert Generation, das die Nazis, von teuflischen Gehirnen ausgeheckt, ihr zufügte als sie vier lange Jahre hindurch ihre Gewalt-herrschaft in Luxemburg ausübten.

Die prachtvolle «Taak» ist das Werk vom Künstler Benn REUTER. Es stellt jene Zeit dar, in der 20.000 Jungen und Mädchen Luxemburgs mit nur notdürftiger Habe und hängenden Köpfen den Weg in die Wehrmacht, den RAD und in den Kriegshilfsdienst antreten mußten. Die ausgestreckten Hände sollen die Hoffnung auf Rückkehr und Freiheit symbolisieren.

Der Ansicht von Experten zufolge, die sich nur belobigend über diese «Taak» äußerten, könnte man die Zwangsrekrutierung kaum besser darstellen. Sie ist ein Sand-guß im Handformverfahren, herge-stellt in der «Fonderie MASSARD».

Daß die «Taak» im ganzen Lan-de einen starken Anklang gefunden hat, davon zeugt der bisherige Ver-kauf.

Wir wenden uns hiermit an die Vereinigungen der Zwangsrekruti-erten und bitten die Sektionsvor-stände die Bestellungen von «Taa-ken» entgegenzunehmen, sie auf Sammelisten zu erfassen und die-se an eine der hiernach angege-benen Adressen zu schicken. Wir werden bemüht sein, alle bestell-ten «Taa-ken» so schnell wie mög-lich zu liefern.



Bei Globalbestellungen denke man daran, die Adressen der Kameraden anzugeben, bei denen wir sie abliefern können.

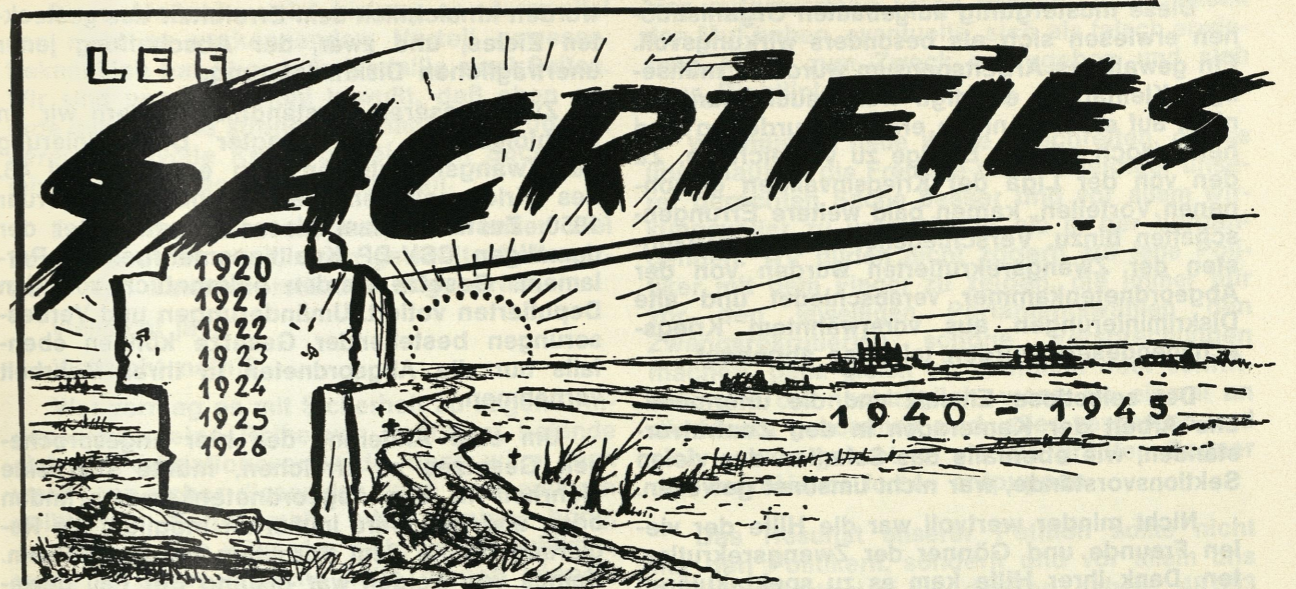
All denjenigen Kameraden, Freunde und sonstige Interessenten, die eine «Taak» direkt von uns beziehen möchten, dürfen ihre Bestellungen an eine der nachfolgenden Adressen richten:

Fernand BAULER  
66, Rue Emile Mark — Differdingen

Fr. HEINEN  
61, Rue Wangert — Differdingen  
Charles KOEHLER  
81, rue Pierre Dupong — Oberco-

Der Verkaufspreis wurde auf 350 Franken festgesetzt. Zustellungen durch die Post nur per Nachnahme. Die Unkosten sind zu Lasten des Empfängers.

Das Postscheck-Konto lautet  
Enrôlés de Force Differdange,  
No 53762-24.



Tirage 8000

### Aus dem Inhalt

«Taak» der Zwangsrekrutierten  
Unser Auftrag  
Aide Mémoire  
Contentieux bilatéral entre la  
RFA et le Luxembourg  
Es geschehen merkwürdige  
Dinge  
Rendez-vous am E'sleck  
Manifestation de solidarité  
franco-luxembourgeoise  
Commémoration de l'Armistice  
1945  
Nationalkongreß der Assoc. des  
E.F.V.N. zu Wormeldingen (I)

Fédération des Victimes du Na-  
zisme Enrôlés de Force, As-  
sociation sans but lucratif.

Siège: Luxembourg, 9, rue du  
Fort-Elisabeth. — Boîte postale  
2415 Luxembourg - Gare.  
CCP 31329-95

Banque Intern : 5-217/4546.

Rédaction du bulletin mensuel  
«Les Sacrifiés», Luxembourg,  
9, rue du Fort-Elisabeth, Boîte  
postale 2415 — Luxembourg -  
Gare

Service social aux Enrôlés de  
Force, 9, rue du Fort-Elisabeth  
Luxembourg - Gare.

Tél. : 48 32 32.

Fonds d'Action CCP 210-49

La Fédération représente :

l'Association des Parents des  
Déportés Militaires Luxem-  
bourgeois, c/o. M. Paul  
Simonis, Luxembourg, 7, rue

Adolphe ● la Ligue Luxembourgeoise des Mutilés et Invalides de Guerre 1940-1945. Résidence Jean-Charles - 5, rue du Cimetière Luxembourg-Bonnevoie - Tél.: 48 97 76 - c c p 28633-18 ● l'Amicale des Anciens de Tambow, Secrétariat: Kleinbettingen, 12, rue de la Gare, C.C.P. 240-07 ● l'Association des Enrôlés de Force Victimes du Nazisme, Secrétariat: Luxembourg, 9, rue du Fort-Elisabeth, Boîte postale 2415 — Luxembourg - Gare, C. C. P. 313-24 Imprimerie Hermann, Luxembourg.

### Unser Auftrag

Aufgabe und Ziel der Vereinigungen der ehemaligen zwangsrekrutierten Luxemburger sind die Wahrung und Verteidigung der Rechte ihrer Mitglieder, sowie die Verwirklichung derer Forderungen.

Der als Dachorganisation fungierende «Fédération des victimes du nazisme, enrôlés de force» obliegt dieselbe Aufgabe und ihr Schaffen ist auf ein Erreichen der gemeinsamen Ziele ausgerichtet.

Die Wege und Mittel, die gesteckten Ziele zu erreichen, werden von den Landesdelegierten in den Generalversammlungen festgelegt.

Nach der Befreiung Luxemburgs vom Nazijoch, und später mit dem Kriegsschädengesetz vom 25. Februar 1950 wurden die Zwangsrekrutierten äußerst ungerecht behandelt. Gegen Ehrabschneidung und grobe Benachteiligung führten die Liga «Ons Jongen» und die Elternvereinigung gemeinsam einen erbitterten Kampf.

Als «Ons Jongen» aus den bekannten Gründen einschlummerte, setzten die verbliebenen, resp. neugegründeten Vereinigungen, — es sind das die Elternvereinigung, die «Ligue Luxembourgeoise des Mutilés et Invalides de Guerre 1940 - 1945» und die «Amicale des Anciens de Tambow», — ihre Bemühungen fort. Sie trugen die Forderungen der Zwangsrekrutierten vor und kümmerten sich um deren Belange.

Im Jahre 1959 wurde dann der Wortlaut des deutsch-luxemburgischen Ausgleichsvertrags bekannt. Damit war das Signal zur Neugruppierung und Neuorientierung der Zwangsrekrutierten des ganzen Landes gegeben. Bereits kurze Zeit nach der Gründung eines Aktionsausschusses, entstand die «Association des enrôlés de force, victimes du nazisme» und fast gleichzeitig wurde als Dachorganisation die «Fédération des victimes du nazisme, enrôlés de force» eingesetzt.

Diese mustergültig aufgebauten Organisationen erwiesen sich als besonders wirkungsvoll. Ein gewaltiges Arbeitspensum wurde in mühseliger Kleinarbeit erledigt. Wenn auch manches nicht auf ersten Anhub erreicht wurde, so sind heute doch allerlei Erfolge zu verzeichnen. Zu den von der Liga der Kriegsinvaliden gewonnenen Vorteilen, kamen bald weitere Errungenschaften hinzu. Verschiedene Gesetze zu Gunsten der Zwangsrekrutierten wurden von der Abgeordnetenkammer verabschiedet und alte Diskriminierungen aus vorerwähntem Kriegsschädengesetz wurden teilweise abgebaut.

Der selbstlose Einsatz und die unermüdete Arbeit der Kameraden in den Zentralvorständen, wie ebenfalls das Schaffen der vielen Sektionsvorstände, war nicht umsonst gewesen.

Nicht minder wertvoll war die Hilfe der vielen Freunde und Gönner der Zwangsrekrutierten. Dank ihrer Hilfe kam es zu spektakulären Erfolgen.

Es entstand aber auch und vor allem ein Solidaritätsgeist, mit dem es möglich wäre Berge zu versetzen, und um den die Zwangsrekrutierten vielerseits beneidet werden.

Die Angehörigen der «geopferten Generation» sind allen Personen dankbar, die in sehr schweren Zeiten, sei das im Krieg oder danach gewesen, zu ihnen standen und auch heute noch stehen. In ihren jungen Jahren haben die Zwangsrekrutierten gelernt dankbar und hilfsbereit zu sein. Dies sind einige der besonderen Merkmale dieser nun bereits schon sehr stark dezimierten Generation Luxemburgs.

Seitdem die Zwangsrekrutiertenvereinigungen bestehen wurde mancherlei für ihre Mitglieder erreicht. Dem gegenüber bleibt leider die traurige Feststellung, daß trotz aller unablässigen Bemühungen das Hauptproblem der Zwangsrekrutierten bis in die Gegenwart hinein keine Lösung gefunden hat. Wohlgermerkt, hierbei handelt es sich um ein Problem, das es in Luxemburg niemals hätte geben dürfen.

Die grobschlächtige, unterschiedliche Behandlung wie sie im Kriegsschädengesetz enthalten ist, hat zu einer ungeheuerlichen Herabwürdigung der Zwangsrekrutierten geführt. Ihre Ehre wurde in niederträchtiger Art und Weise besudelt. Es ist kaum zu glauben, nicht zu fassen, aber dennoch wahr. Der Luxemburger Gesetzgeber hat auf gesetzlichem Wege fertiggebracht, daß eine absolut falsche Einschätzung der patriotischen Haltung der während des II. Weltkriegs durch den Okkupanten zwangsrekrutierten, jungen Luxemburger möglich wurde.

Aber gerade das haben die Zwangsrekrutierten nicht verdient. Es geht nicht an, an dieser Stelle nochmals des Langen und Breiten den Beweis zu erbringen, von welchem patriotischem Geist gerade die damalige Jugend beseelt war.

Vielmehr soll für einmal die Frage aufgeworfen sein und untersucht werden, ob und in welcher Art und Weise etwaige Fehler begangen

wurden hinsichtlich dem Erreichen des gesteckten Zieles, und zwar, der Abschaffung jener unerträglichen Diskriminierung.

Zum besseren Verständnis erinnern wir an Nachfolgendes. Zu besagter Diskriminierung der Zwangsrekrutierten kam es in Artikel 43. des Kriegsschädengesetzes vom 25. Februar 1950. Zustande kam dieses Gesetz unter der damaligen CSV-DP Koalitionsmehrheit im Parlament. Gesetze werden bekanntlich von den Deputierten votiert. Umänderungen und Verbesserungen bestehender Gesetze können ebenfalls nur die Abgeordneten in ihrer Mehrheit vornehmen.

Um eine Änderung des hier angesprochenen Gesetzes zu erreichen, müßte sich eine Mehrheit in der Abgeordnetenkammer finden oder, und das wäre immerhin möglich, die Regierung müßte dem Vorhaben gutgesinnt sein. Keines von beiden war bislang der Fall gewesen. Und hierzu drängen sich mehrere Fragen gleichzeitig auf.

Warum ist das so? Haben die Zwangsrekrutierten keine Freunde im Parlament? Gibt es dort keine Abgeordneten, die ebenfalls zwangsrekrutiert waren? Wenn ja, wieso und warum stehen diese nicht zu ihren einstigen Leidensgefährten?

Wer sich die Mühe macht und die analytischen Berichte über die Kammerdebatten nachliest, der findet, daß fast kein Jahr vergeht, ohne daß flammende Reden zu Gunsten der Zwangsrekrutierten im hohen Hause gehalten werden. Warum dann eigentlich der Mißerfolg?

Sind die Ursachen vielleicht bei den politischen Parteien zu suchen? Dürfen die Zwangsrekrutierten innerhalb der Parteien auf keine ihnen gutgesinnte Mehrheit zählen? Figurieren ehemalige Zwangsrekrutierte etwa nur auf den Wahllisten der jeweiligen Parteien um die Stimmen ihrer Leidensgefährten zu ergattern?

Tatsache ist jedenfalls, daß die «Enrôlés» in jeder Partei wohlgesinnte und zuverlässige Freunde haben. Konnten diese Getreuen in der Vergangenheit sich bei Andersgesinnten vielleicht nicht durchsetzen? Warum nicht?

Schließlich bleibt die Kernfrage, die wir Zwangsrekrutierte uns selber stellen müssen. Nach mehr als zwanzigjährigem Einsatz um unsere gemeinsame Sache, haben wir etwa Fehler gemacht? Haben wir die treuen Freunde vielleicht ungenügend unterstützt? Haben wir es versäumt, unsere Gegner schonungslos an den Pranger zu stellen?

Die Satzungen unserer Vereinigungen lassen nicht zu, daß ein Vorstandsmitglied ein politisches Mandat ausübt. Unsere Vereinigungen müssen politisch neutral geführt werden. Wer Parlamentarier wird, scheidet automatisch als Vorstandsmitglied, ganz gleich welcher unserer Vereinigungen, aus. Diese Bedingung ist eine Folge der in den Zeiten des Untergangs der Liga «Ons Jongen» gemachten Erfahrungen.

Diese Maßnahme ist bislang sonderzweifel von nicht zu verkennendem Vorteil gewesen. Bekanntlich hat aber jede Medaille zwei Seiten. Wir sind uns sehr wohl bewußt, daß eben gerade durch diese strenge Maßnahme des öfteren bereits wertvolle Kräfte der eigenen Sache zumindest teilweise verloren gingen.

Es ist durchaus möglich, daß unser Ziel bereits erreicht wäre, wenn gewählte Volksvertreter den Zentralvorständen angehört hätten.

Vielleicht ja!

Vielleicht nein!

Wer vermag es mit Sicherheit zu sagen? Angenommen, eine Reihe von Politikern befände sich im Föderationsvorstande, dann wäre doch wohl ganz sicher dieser der einen oder anderen politischen Partei mehr oder weniger hörig. An und für sich wäre das nicht weiter schlimm, wenn es unserer Sache hätte dienen können, und wenn unser Hauptziel erreicht wäre.

Die nächsten Parlamentswahlen rücken näher. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie gar früher als vorgesehen stattfinden. Dann wird die Stunde der Wahrheit schlagen!

Die Landesdelegierten aller Vereinigungen der Zwangsrekrutierten müssen sich vorher die

hier aufgeworfene Frage stellen. Alle müssen den Mut haben, eventuelle, sich als falsch erwiesene Mittel zum Zweck aufzugeben und sich neue Richtlinien geben.

Wir müssen neue Wege beschreiten, die es uns erlauben die Freunde und Verteidiger unserer gerechten Sache besser und vor allem wirkungsvoller zu unterstützen als in der Vergangenheit. Wir dürfen nicht zögern auf jene Politiker mit dem Finger zu zeigen, die immer nur vor den jeweiligen Parlamentswahlen den Zwangsrekrutierten schöne Versprechungen machen, ganz gleich ob mündlich oder schriftlich, und die nachträglich, wenn sie einmal an die Macht gekommen sind, alles vergessen und sich — wie gehabt — als die größten Gegner der «enrôlés de force» entpuppen.

Das Resultat unserer Petition sollte nicht nur den Politikern, sondern und vor allem uns Zwangsrekrutierten zu denken geben. 40.393 stimmberechtigte Bürger haben ihre Namen unter alle Forderungen der Petition gesetzt. Wir alle haben damit einen Auftrag erhalten. Und schon ganz und gar nicht dürfen unsere Vorstandsmitglieder diese 40.393 Luxemburger enttäuschen.

F.

## Aide Mémoire

à l'appui de la proposition de loi du 13. 5. 1974 No 1790  
attribuant aux enrôlés de force l'option rétroactive pour  
l'indemnisation prévue aux articles 39 à 42 inclusivement  
de la loi du 25. 2. 1950 concernant l'indemnisation  
des dommages de guerre.

Le décret du Gauleiter Gustav Simon du 30 août 1942 ordonnant dans le Luxembourg occupé l'incorporation forcée de plusieurs classes de la jeunesse luxembourgeoise ne fut pas rendu pour des raisons militaires mais pour des raisons politiques.

Il s'agissait d'abattre l'esprit patriotique et la résistance du peuple luxembourgeois en déportant sa jeunesse et en la menant à son anéantissement physique.

L'enrôlement dans la «Wehrmacht» des classes 1920 à 1927 ne fut donc pas un simple fait de guerre, mais un crime de guerre et les enrôlés de force luxembourgeois furent des victimes du nazisme et non de simples victimes de guerre. (Voir annexe III al. 4 + 5.)

La résistance farouche de la jeunesse incorporée de force et les nombreuses difficultés qu'elle causa à l'occupant ont empêché l'enrôlement forcé d'un plus grand nombre de classes et d'une partie plus âgée de la population masculine du pays.

## Contentieux bilatéral entre la RFA et le Luxembourg

Question posée  
par l'honorable Madame Lulling

Plusieurs comptes rendus de presse laissent croire que le Ministre des Affaires étrangères aurait déclaré lors d'une conférence de presse tenue récemment à Bonn qu'il n'existe plus aucun contentieux bilatéral entre la République Fédérale d'Allemagne et le Grand-Duché de Luxembourg.

Monsieur le Ministre d'Etat peut-il confirmer ou démentir ces assertions?

Le Président du Gouvernement estime-t-il qu'il existe toujours entre le Luxembourg et les deux Etats allemands un contentieux concernant les actes illégaux de l'occupant nazi, notamment en ce qui concerne les victimes du nazisme enrôlées de force? . . .

A la suite du dépôt de la pétition de la Fédération des Victimes du Nazisme Enrôlées de Force, qui a été signée par plus de quarante mille Luxembourgeois, le Président du Gouvernement n'estime-t-il pas qu'il convient de revoir la décision qui a été prise par le Gouvernement POSL-DP en 1975 et selon laquelle il n'y aurait pas lieu de procéder à une modification de la loi du 25 février 1950 concernant l'indemnisation des dommages de guerre?

Réponse de Monsieur Thorn,  
Ministre d'Etat

M. le Président, la question de l'honorable Mme Lulling vise, comme on vient de l'entendre, des déclarations que j'ai faites lors d'une conférence de presse à Bonn, à l'occasion d'une visite d'Etat, où j'ai eu l'honneur d'accompagner le Grand-Duc. Lors de cette conférence de presse on n'a pas procédé à un enregistrement et les termes exacts de mes déclarations peuvent toujours rester matière à discussion.

Ceci étant rappelé, et pour autant que de besoin, je précise pour ma part, qu'à Bonn j'ai déclaré qu'après examen de tous les points

La loi du 25 février 1950 concernant l'indemnisation des dommages de guerre a admis le principe de l'indemnisation des dommages de guerre.

Elle a cependant établi une discrimination dans l'indemnisation des enrôlés de force par rapport aux autres victimes indemnisables. Il fut créé surtout une discrimination morale ou du moins des doutes sur l'attitude patriotique de la jeunesse luxembourgeoise pendant la deuxième guerre mondiale. Cette discrimination morale fut soulignée par l'article 36 de la loi sur les dommages de guerre. En effet, à l'article 36 le législateur a dressé une énumération des personnes qui «en raison de leur attitude patriotique» reçoivent les indemnités prévues aux articles 39 à 42. Or, ces indemnités sont supérieures à ceux prévues à l'article 43 qui fixe les indemnités pour les Luxembourgeois soumis au service militaire forcé. (Pour illustrer cette discrimination flagrante, nous citons en annexe I un exemple qui s'est produit des centaines de fois.)

Cette discrimination est en droit injustifiable bien qu'elle ait parfois été expliquée par l'impossibilité à l'époque d'exercer le recours contre l'auteur du dommage, le Ille Reich, ou son successeur, et encore par la nécessité de réduire les dépenses résultant de la loi en raison du grand nombre des enrôlés de force.

Quoi qu'il en soit, le fait subsiste que cette discrimination se trouvant inscrite dans la loi, a été vivement combattue par la génération sacrifiée et par les esprits clairvoyants mesurant déjà alors les conséquences de cette injustice pour l'avenir.

Les spéculations que le recul du temps mettrait fin à ce problème se sont avérées vaines.

Les concessions législatives faites au cours des années à la «génération sacrifiée» n'ont pu faire abandonner son combat pour mettre fin à une injustice considérée comme une intolérable atteinte à son honneur.

Le fait qu'une partie de la population, victime innocente des crimes de l'occupant, se sente discriminée et déclassée par la patrie a causé une plaie préjudiciable à la concorde nationale.

C'est pourquoi notre Fédération a présenté une proposition de loi attribuant aux enrôlés de force l'option rétroactive pour l'indemnisation prévue aux articles 39 à 42 inclusivement de la loi du 25 février 1950 concernant l'indemnisation des dommages de guerre.

Cette proposition devenue loi et le principe de l'indemnisation des enrôlés de force au même titre que les personnes énumérées à l'article 36 établi, toute discrimination morale serait définitivement éliminée. Voilà le but que la Fédération des victimes du nazisme enrôlées de force cherche d'atteindre.

L'honorable M. Jos. Grandgenet a déposé cette proposition de loi à la Chambre des députés. Elle est actuellement pendante devant le Conseil d'Etat.

Après qu'il fut rendu public que le Président du Gouvernement avait fait savoir au Président du Conseil d'Etat qu'il n'y avait pas lieu de procéder à une modification de cette législation, une pétition demandant le vote de la proposition de loi afférente recueillit plus de 40.000 signatures, fait unique dans l'histoire de notre pays.

Le triomphal succès de cette pétition prouve la sensibilisation de l'opinion publique et son désir de voir résoudre définitivement ce problème irritant.

Si quelques esprits téméraires émettent l'opinion qu'un éventuel rejet de cette proposition de loi mettrait un terme définitif à ce problème national en étouffant définitivement la voix des enrôlés de force et de tous ceux qui demandent justice, il s'agit là encore d'une illusion qui serait vite anéantie.

Dans l'intérêt de la justice, de l'égalité, de l'apaisement du pays et de la concorde nationale, il faut que soit votée la proposition de loi.

L'examen de la proposition de loi prouve qu'elle ne porte aucun préjudice aux droits reconnus à toutes les autres victimes du nazisme.

Notre Fédération a prouvé par le passé sa solidarité constante avec les autres victimes de l'occupant. Pour ne citer qu'un exemple, c'est elle qui a pris l'initiative ayant conduit à la loi du 26 mars 1974 dont toutes les victimes de l'occupant peuvent bénéficier en cas d'invalidité ou de décès précoces.

Notre Fédération s'oppose à toute politique du «diviser pour régner».

Aucune objection actuelle d'ordre financier ou économique ne saurait entraver le vote de la proposition de loi alors que le texte de la loi du 25 février 1950 concernant l'indemnisation des dommages de guerre prévoit dans ses articles 5 et 7 des conditions et des délais tenant compte de l'intérêt économique du pays.

La loi une fois votée, le principe de l'indemnisation équitable des enrôlés de force une fois décidé en principe et mis en exécution, le recours s'ouvrira contre le ou les successeurs du Ille Reich qui ne saura ou ne sauront refuser la demande inévitable en remboursement formée par l'Etat luxembourgeois.

Nous demandons, dans l'intérêt supérieur du pays, justice pour la génération sacrifiée!

## Annexe I

L'absurdité contenue dans la loi du 25 février 1950  
sur les dommages de guerre  
est illustrée par l'exemple suivant :

Un jeune Luxembourgeois étant tombé sous le décret gauleitérien du 30 août 1942 se soustrayait à la mobilisation ou «déserta» de la «Wehrmacht». Il posa, sans aucun doute, un acte patriotique. Selon le décret nazi sur la «Sippenhaft», les membres de sa famille furent déportés. Ceux-ci devenaient, non pas seulement des victimes du nazisme, mais encore des victimes patriotiques. Ils se virent indemnisés suivant les dispositions des articles 39 à 42 inclusivement de la loi concernant l'indemnisation des dommages de guerre. Le frère et la soeur de l'enrôlé de force furent traités au même titre que leurs parents, mais âgés de plus de 18 ans sans revenu personnel, ils obtenaient une indemnité de 1.500.- frs par mois pour la durée de leur déportation.

Par contre, aucune attitude patriotique n'est reconnue à cet autre frère qui, lui, a en réalité posé en premier lieu l'acte patriotique. Les pertes de traitement ou de revenu ne lui sont

dont nous étions convenus de discuter, le Chancelier de la République Fédérale et moi, il ne se dégageait d'aucun de ces points qu'il puisse y avoir — et je cite le terme allemand dont je me suis servi en l'occurrence — de «Streitigkeiten» en ce qui concerne les dossiers examinés entre la République Fédérale d'Allemagne et le Luxembourg. On ne saurait donc — et je voudrais signaler cela — en aucune façon en tirer la conclusion que j'aurais prétendument dit qu'il n'y aurait plus aucun contentieux entre la République Fédérale d'Allemagne et le Luxembourg.

J'ai dit en ce qui concerne les points examinés ce jour-là, qu'il n'y avait pas de différent dans l'approche entre la République Fédérale d'Allemagne et le Luxembourg.

Ceci étant dit, je ne voudrais pas éluder le fond de la question et les arrière-pensées de Mme Lulling et je préciserai donc que je sais parfaitement que la réponse que les autorités allemandes ont donnée en février 1971 au Gouvernement grand-ducal, ne donne aucune satisfaction aux enrôlés de force et j'ajoute très formellement, ne donne aucune satisfaction au Gouvernement grand-ducal. Toujours est-il que cette même réponse donnée à cette date qui oppose à nos thèses une fin de non-recevoir de la part de l'Allemagne, a éclairci les intentions allemandes en ce sens, qu'elle nous a permis de constater que la base commune de discussion qui, nous semblait-il, devait rendre possible une solution acceptable, n'était plus du tout commune, mais qu'elle a été rejetée par la partie allemande qui, tout en reconnaissant sa responsabilité morale à l'égard de nos enrôlés de force, s'est à nouveau retranchée derrière l'Accord de Londres qui à son sentiment excluait les règlements à l'amiable préférentiels.

Je le répète et je le souligne: le Gouvernement grand-ducal maintient son point de vue ou le point de vue antérieurement pris, dont il résulte que les deux Etats allemands n'ont pas encore rempli toutes leurs obligations à l'égard des enrôlés de force luxembourgeois.

Après avoir négocié pendant de très longues années avec les autorités ouest-allemandes, le Gouver-

nement avait décidé à l'occasion de la visite du Président Heinemann que ce dossier resterait en suspens, ne pouvant faire autre chose à l'époque que de prendre acte de nos divergences de vues plusieurs fois constatées, quant à la base juridique aussi bien qu'à la procédure à suivre.

Cette attitude, d'ailleurs partagée par d'autres Etats souverains, nous a amenés à ne pas hypothéquer toutes nos relations avec la République Fédérale d'Allemagne à cause de cette divergence quant à l'approche juridique. On pensait à l'époque et le Gouvernement actuel partage ce même avis, qu'il fallait périodiquement essayer d'infléchir la position du Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne, sans que pour autant nos relations quotidiennes — qui sont très bonnes, voire excellentes — ne puissent en être détériorées.

Quant à la deuxième partie de la question de l'honorable Mme Lulling, je ne puis qu'informer la Chambre, comme je viens d'ailleurs d'en informer par écrit le Conseil d'Etat, que le Gouvernement n'a nullement changé d'avis depuis l'année dernière et qu'il maintient donc l'opinion, qu'il n'y a pas lieu de procéder à une modification de la législation sur les dommages de guerre, dans le sens préconisé par la proposition de loi no 1790.

Je profite de l'occasion que m'a donnée l'honorable Mme Lulling pour informer néanmoins publiquement l'opinion et en tout premier lieu la Chambre, que j'ai demandé au Conseil d'Etat la priorité de se prononcer sur la proposition de loi en question, pour que la Chambre puisse lui faire un sort. Pour qu'il n'y ait pas de malentendu et pas d'illusions, j'ai précisé à cette même occasion que cependant le Gouvernement n'avait en rien changé d'opinion, ce que je confirme une fois de plus.

Lorsqu'un député pose une question, il reçoit évidemment une réponse. Mais cette réponse qu'obtenait Mme Astrid Lulling, qu'est-ce-qu'elle est au juste? C'est tout bonnement une disculpation. Le Ministre d'Etat s'est plu de se justifier de ses propos tenus à Bonn

pas restituées, mais il est indemnisé en citoyen de troisième classe, comme le prévoient les dispositions de l'article 43 de la loi sur les dommages de guerre.

Par ailleurs, est-il besoin de rappeler que ces jeunes enrôlés de force ont fait preuve de civisme extraordinaire? Faut-il rappeler encore leur comportement exemplaire digne de véritables résistants contre l'usurpateur allemand? N'était-ce pas pure bêtise de la part de ce dernier de donner des armes à ces jeunes Luxembourgeois qui la plupart des fois les retournaient contre leur oppresseur? Et encore, ne témoignaient-ils pas de patriotisme, en essayant d'une part de sauvegarder d'un sort cruel ou du moins plus qu'incertain leurs proches et lointains parents en se laissant déporter eux, et d'autre part, profitant de la première occasion pour s'enfuir, tout en prenant garde à ne pas compromettre leurs familles? N'obéissaient-ils pas à cet appel de Londres: «Jongen, laaft iwer!»? Ces faits en sont là et caractérisent l'état d'esprit patriotique des enrôlés de force.

Leur contester, voire même leur refuser une attitude patriotique dans le but prémédité de les exclure par voie législative de l'indemnisation de leurs dommages de guerre réels, est une injustice inouïe. Ce sont cette dégradation et cet avilissement qui ont mis la rage au coeur des enrôlés de force.

## Annexe II

### Tentatives entreprises après 1950 pour redresser différentes injustices contenues dans la loi du 25 février 1950 sur les dommages de guerre.

Dans la suite des temps quelques timides tentatives furent enregistrées en vue de rectifier l'erreur commise en 1950. La reconnaissance de la qualité de victime du nazisme aux Luxembourgeois des classes 1920 à 1927 qui pendant la guerre de 1940 à 1945 ont été enrôlés de force dans l'armée allemande et au «Reichsarbeitsdienst» tel qu'il est retenu à l'article 4 de la loi du 25 février 1967 ayant pour objet diverses mesures en faveur de personnes devenues victimes d'actes illégaux de l'occupant, serait en soi de nature à satisfaire les gens visés.

Mais le législateur s'arrêta à mi-chemin. Et ce qui est plus regrettable, cette demi-mesure fut prise trop tard. Elle aurait été d'utilité, si les négociateurs du traité germano-luxembourgeois du 11 juillet 1959 avaient pu s'y référer. Ces gens ne se seraient probablement pas mis d'accord sur l'utilisation de cet honteux qualificatif «victimes de guerre» pour désigner les enrôlés de force luxembourgeois qui les mettait à pied d'égalité avec les soldats du IIIe Reich (y compris les SS), en vue d'obtenir 18 Mio de DM de la République Fédérale d'Allemagne par le biais de son «Bundesversorgungsgesetz».

Pour démontrer que le législateur luxembourgeois s'est arrêté en 1967 à mi-chemin, on n'a qu'à relire l'article 6. de la loi du 25 février 1967. Là on retrouve cette distinction qui répugne aux enrôlés de force. Il y est dit que «les personnes remplissant les conditions de l'article 4. et leurs ayants droit sont assimilés aux victimes patriotiques et à leurs ayants droit en ce qui concerne l'application du titre III. de la loi du 25 février 1950 concernant l'indemnisation des dommages de guerre . . . . .».

D'abord, assimiler une chose à une autre ne fait point des deux exactement la même, et ensuite les enrôlés de force ne sont assimilables aux victimes patriotiques qu'en ce qui concerne l'application du seul titre III. de la loi du 25 février 1950. Qu'en est-il du titre II de la même loi, plus spécialement de l'article 36. et des articles 39 à 42?

Personne ne peut prétendre, comme d'aucuns l'ont fait, d'ailleurs le font toujours et avec persévérance, que la qualité de victime patriotique ait été reconnue expressément aux enrôlés de force. Rien n'est plus faux que cela.

Et si d'aucuns évoquent la loi du 26 mars 1974, où il est dit qu'elle porte fixation de suppléments de pension à allouer aux **personnes devenues victimes d'actes illégaux de l'occupant** etc. . . . etc. . . . , pour convaincre les enrôlés de force que leur attitude patriotique n'est plus contestée, puisqu'aucune différence n'est faite entre les victimes du nazisme d'une part et des enrôlés de force d'autre part, il faut leur dire qu'ils sont au moins dans l'erreur et ne serait-ce que par voie de lapsus.

Pour des raisons bien évidentes, le législateur a repris en 1974 la dénomination «personnes devenues victimes d'actes illégaux de l'occupant». Il voulut simplement éviter toute nouvelle controverse autour de ce qui représente un aspect spécifique du «problème de l'enrôlement forcé», c'est-à-dire, la discrimination des enrôlés de force.

## Annexe III

### Répercussion de la loi du 25 février 1950 sur les dommages de guerre sur le plan international.

Les suites néfastes que cette loi du 25 février 1950 concernant l'indemnisation des dommages de guerre allait avoir, nous furent démontrées par le traité germano-luxembourgeois. La tournure que prirent à un certain moment les négociations de ce traité, allaient confirmer nos craintes antérieures. Ce problème de l'enrôlement forcé qui, jusqu'alors, n'était qu'un problème purement national, allait par surcroît devenir à partir de 1959 aussi un problème international. Pour obtenir de la République Fédérale d'Allemagne, c'est-à-dire, du successeur légal du IIIe Reich, une quelconque indemnisation pour frais avancés par l'Etat luxembourgeois en versant des rentes aux victimes du nazisme mutilées et invalides, nos responsables en politique sont tombés dans le piège tendu par les négociateurs allemands.

Lorsque la question se posa de savoir dans quelle catégorie de victimes les enrôlés de force étaient à classer, il fut référé à la loi luxembourgeoise sur les dommages de guerre. Le résultat: les enrôlés de force n'étaient ni victimes patriotiques, ni victimes du nazisme, donc de simples **victimes de guerre**.

Voilà ce qu'il leur fallait! C'est bien cela que les Allemands voulaient savoir, puisqu'ils s'obstinaient à payer par le biais de leur «Bundesversorgungsgesetz» (BVG).

Cette loi allemande (BVG) fut créée pour verser des rentes aux soldats du IIIe Reich. Traiter les enrôlés de force luxembourgeois à pied d'égalité avec les soldats allemands, a pour conséquence que les Luxembourgeois sont considérés des soldats allemands. Ceci est tellement vrai, que très récemment encore une haute autorité allemande nous écrivit :

et il informa «néanmoins publiquement l'opinion».

Nous pourrions nous passer de tout commentaire y relatif. Mais de la réponse que le Ministre d'Etat donna à la question du député Astrid Lulling se dégagent deux faits essentiels:

1° Parmi les dossiers examinés que le Chancelier de la République Fédérale d'Allemagne et le Ministre d'Etat du Grand-Duché de Luxembourg étaient convenus de discuter, ne figurait pas celui du contentieux entre la République Fédérale d'Allemagne et le Luxembourg. Notre Ministre d'Etat a éludé le traitement du dossier de l'enrôlement forcé. Ceci sans nul doute pour qu'il y ait complète concordance des points de vue des deux hommes d'Etat. De part et d'autre on s'est gardé de parler de la réparation du crime le plus odieux et crapuleux commis par les Allemands pendant la IIe Guerre Mondiale sur la personne de 20.000 Luxembourgeois des classes 1920 à 1927, pour qu'il n'y aient pas de «Streitigkeiten».

Monsieur Thorn, Ministre d'Etat, a tacitement ignoré le passage du discours prononcé par S.A.R. le Grand-Duc qui disait: «Vous-même, Monsieur le Président, avez accompagné en 1973 le Président Heinemann au Grand-Duché. J'ai gardé un souvenir ému de la vigueur et de la chaleur de vos interventions. Vous avez tous deux évoqué les souffrances et les injustices que notre pays avait vécues durant l'occupation nazie. Le souvenir de ce cauchemar ne peut s'effacer de la mémoire de ceux que ces malheurs ont frappés. De même, nous ne devons oublier le devoir de solidarité à l'égard des victimes de cette époque tragique.»

De peur d'hypothéquer toutes les relations que le Luxembourg entretient avec la République Fédérale d'Allemagne, notre Ministre d'Etat a fait sienne l'attitude du Gouvernement précédent (il y occupait le poste du Ministre des affaires étrangères) et qui «avait décidé à l'occasion de la visite du Président Heinemann que ce dossier resterait en suspens».

L'actuel Gouvernement partage l'avis de celui dont il prit la relève en 1974, et qui voulait «qu'il fallait périodiquement essayer d'infléchir la position du Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne, sans que pour autant nos relations quotidiennes — qui sont très bonnes, voire excellentes — ne puissent être détériorées».

Cette visite d'Etat était sans aucun doute la meilleure occasion pour «essayer d'infléchir la position du Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne».

Et une fois encore, le Ministre d'Etat luxembourgeois a flanché. Il a manqué une nouvelle et bonne occasion pour traiter le dossier des Enrôlés de Force.

Il ressort nettement de ce qui précède que rien n'a changé. Le Ministre d'Etat fait des Enrôlés de Force d'éternels sacrifiés, d'éternels pauvres imbéciles au mieux ou d'éternels traîtres au pire.

2° Grâce à la question posée par le député Astrid Lulling, nous venons d'apprendre que le Ministre d'Etat a «demandé au Conseil d'Etat la priorité de se prononcer sur la proposition de loi en question, pour que la Chambre puisse lui faire un sort». Et il y ajouta: «Pour qu'il n'y ait pas de malentendu et pas d'illusions, j'ai précisé à cette même occasion que cependant le Gouvernement n'avait en rien changé d'opinion.»

Etonnant et étrange propos que celui du Ministre d'Etat!

Concrétisons: D'une part le Gouvernement veut «qu'il n'y a pas lieu de procéder à une modification de la législation sur les dommages de guerre dans le sens préconisé par la proposition de loi No 1790», d'autre part il veut que la Chambre lui fasse un sort.

Faut-il entendre par là qu'il est décidé d'avance du sort de la proposition de loi No 1790? Faut-il interpréter la confiance du Ministre d'Etat dans le sens, qu'il est convaincu que la majorité parlementaire votera con-

«Da die Zwangsrekrutierten als **deutsche** Soldaten eingezogen waren, stehen die Bestimmungen des Londoner Schuldenabkommens nicht entgegen, daß ihnen zum Ausgleich für Gesundheits- und Körperschäden die gleichen Leistungen zukommen wie den **deutschen Kriegsopfern**».

En dépit de toutes les déclarations, aussi solennelles qu'elles soient, et faites par les plus hautes autorités de la R.F.A., outre-Moselle on considère et traite les enrôlés de force comme des soldats allemands et par conséquent comme des victimes de guerre. Il n'a servi à rien, lorsqu'en 1961, en 1965, en 1967 ou encore en 1974 nos députés luxembourgeois s'indignaient et déclaraient que les enrôlés de force sont des victimes du nazisme. Personne ne doute de la bonne intention de ces derniers. Mais, hélas! Par cette manière de procéder, le problème de l'enrôlement de force ne fut chaque fois que touché superficiellement. Par après, tout restait comme auparavant. L'exemple cité ci-devant démontre que vouloir rendre satisfaction aux enrôlés de force en ne réglant le problème pas à fond, n'est qu'haleine perdue et vaine besogne.

On voit facilement l'engrenage des erreurs commises dans le passé. Si les enrôlés de force avaient été reconnus explicitement victimes du nazisme ou victimes patriotiques par le législateur luxembourgeois, il n'y aurait pas eu de discrimination d'abord, et il aurait fallu ensuite qu'ils soient dédommagés suivant la «BEG» (Bundesentschädigungsgesetz). Personne n'aurait jamais connu de «problème de l'enrôlement forcé».

Pour en finir, une fois pour toutes avec ce problème, et surtout en ce qui concerne son aspect purement national; pour satisfaire les enrôlés de force moralement, il n'y a pas d'autre alternative que celle élaborée à la proposition de loi 1790 déposée le 13 mai 1974 à la Chambre des Députés, et dont voici le texte :

## PROPOSITION DE LOI

**attribuant aux enrôlés de force l'option rétroactive pour l'indemnisation prévue aux articles 39 à 42 inclusivement de la loi du 25 février 1950 concernant l'indemnisation des dommages de guerre.**

### Exposé des motifs

La loi du 25 février 1950 concernant l'indemnisation des dommages de guerre a toujours été ressentie par la «génération sacrifiée» comme une discrimination et une intolérable atteinte à son honneur. Le recul du temps n'a fait qu'amplifier le sentiment de cette injustice et aggraver une plaie préjudiciable à la concorde nationale. La présente proposition de loi est destinée à faire oeuvre de justice envers la «génération sacrifiée».

### TEXTE DE LA PROPOSITION DE LOI

**attribuant aux enrôlés de force l'option rétroactive pour l'indemnisation prévue aux articles 39 à 42 inclusivement de la loi du 25 février 1950 concernant l'indemnisation des dommages de guerre.**

#### Article unique.

Les articles 15 et 43 de la loi du 25. 2. 1950 concernant l'indemnisation des dommages de guerre sont complétés par les dispositions suivantes :

#### Article 15 alinéa 3 (nouveau).

Les personnes visées aux alinéas 1, 2, 3 et au nouvel alinéa 4 de l'article 43 devront faire la déclaration de leur option rétroactive pour l'indemnisation prévue aux articles 39 à 42 inclusivement dans les 3 mois de la mise en vigueur de la présente loi complémentaire.

#### Article 43 alinéa 4 (nouveau).

Les personnes visées ci-avant aux alinéas 1, 2 et 3 sont autorisées à opter rétroactivement pour l'indemnisation prévue aux articles 39 à 42 inclusivement. Au cas où elles auront opté pour cette indemnisation, les sommes leur versées sur la base de la disposition concernant l'indemnisation prévue aux alinéas 1, 2 et 3 du présent article 43 sont à imputer comme avances sur l'indemnisation prévue aux articles 39 à 42 inclusivement.

#### Texte coordonné

Le texte coordonné des articles 15 et 43 de la loi du 25 février 1950 concernant l'indemnisation des dommages de guerre se présentera comme suit après le vote de la proposition de la loi :

#### Article 15.

Tout sinistré doit sous peine de déchéance faire une déclaration de guerre au Bourgmestre du lieu du sinistré. Si le dommage a été subi à l'étranger dans les conditions spécifiées ci-après au titre II ou si le lieu du sinistre est inconnu, elle sera faite au Bourgmestre du dernier domicile dans le Grand-Duché avant le sinistre. Un règlement d'administration publique fixera les modalités de ces déclarations.

La déclaration devra être faite dans les trois mois de l'entrée en vigueur de la présente loi.

(Loi du . . . ) «Les personnes visées aux alinéas 1, 2, 3 et au nouvel alinéa 4 de l'article 43 devront faire la déclaration de leur option rétroactive pour l'indemnisation prévue aux articles 39 à 42 inclusivement dans les 3 mois de la mise en vigueur de la présente loi complémentaire.»

Si l'ayant droit justifie avoir été dans l'impossibilité de faire la déclaration dans le délai fixé ci-avant, il pourra être relevé de la déchéance encourue par le Ministre ayant dans ses attributions les Dommages de Guerre.

Les déclarations faites antérieurement à l'entrée en vigueur de la présente loi peuvent être complétées ou rectifiées jusqu'à l'expiration du délai fixé ci-avant, sinon, elles seront censées avoir été faites pour l'application du présent article dans le dit délai.

Les déclarations frauduleuses ne peuvent plus être rectifiées si l'intéressé a accepté sans réserves un acompte.

#### Article 43.

Les Luxembourgeois qui sous l'empire de la loi de l'occupant ont été soumis au service militaire forcé, soit qu'ils y aient été effectivement astreints, soit qu'ils aient été réfractaires, pour autant qu'ils ne sont pas indemnisables selon les dispositions qui précèdent, ont droit à une indemnité uniforme et forfaitaire de 6.000,- francs pour ceux qui étaient mariés le 10 septembre 1944, augmentée de 1.500,- francs par enfant à leur charge et de 4.000,- francs pour les célibataires.

tre, donc rejettera la proposition de loi?

Tout cela «pour qu'il n'y ait pas de malentendu et pas d'illusions».

\* \* \*

## Es geschehen merkwürdige Dinge

«Wenn man bloß wüßte was der Hund für Gedanken hat — — —», sagte seinerzeit einer jener Vertreter des großdeutschen Kulturreiches zu einer Luxemburgerin, in deren Haus er sich eingenistet hatte und, wie viele andere seiner Artgenossen, hochmütig und rasenbewußt im Großherzogtum Luxemburg einher stiefelte «den Kopf hoch und die Arschbacken zusammenkneifend». Als der Herrenmensch diesen Ausspruch tat, saß er in der «guten Stube», in der sich ebenfalls die Frau des Hauses und ihr Hund befanden. Schon seit geraumer Zeit war der Deutsche im Begriff gewesen, die Meinung der Luxemburgerin über die Deutschen zu hören. Doch schwiug sich diese hartnäckig aus. Dabei kam es dann zu obenerwähnter sinniger Frage, worauf der Gestiefelte selbstverständlich ebenfalls keine Antwort erhielt. So blieb die Frage im Raum hängen — — —

Diese Begebenheit fällt mir immer dann wieder ein, wenn irgendwelche Dinge mysteriös, kaum oder gar nicht zu ergründen, — absolut unerklärlich erscheinen. Ein Beispiel davon lieferte das «Letzeburger Land» vom 3. Juni 1977. Darin war zu lesen:

— «Daß Gremling es schließlich gewagt hat, eine Interpellation zum Thema der Zwangsrekrutierten anzumelden, hat die Kommandozentralen der Koalition geschockt. Alenthalben herrscht die Ansicht vor, daß der eigensinnige Deputierte es darauf abgesehen hat, die Regierung zu provozieren. In der Tat mangelt es derzeit nicht an Sorgen und Plagen, so daß die Koalition schon leidig strapaziert wird. Würde ihr zusätzlich das politische Imbroglio der Zwangsrekrutierten-Frage aufgehalst, wäre die Grenze des Erträglichen im Handumdrehen erreicht.»

Gremling, ein eigensinniger Deputierter??!! Nein, so was! Diese Behauptung ist ebenso unverständlich und unbegreiflich wie jene andere, Gremling habe es darauf abgesehen, die Regierung zu provozieren.

Weil man nun nicht genau weiß, was andere denken, nicht einmal dann, wenn sie sprechen oder schreiben, versucht man eben zu verstehen wie es gesagt oder geschrieben wurde. Dabei geht man von dem aus, was man weiß über die Dinge, die man kennt.

Im gegebenen Fall sind Jean Gremling einerseits, die Probleme der Zwangsrekrutierten und das Verhalten der Regierung andererseits uns sehr gut bekannt.

Wer in diesem Lande möchte jemanden Unrühmlichkeit anlasten, ihm gar zum Vorwurf machen, wenn er sich konsequent für eine gerechte Sache einsetzt? Wofür Jean Gremling sich einsetzt, ist nicht irgend etwas. Es geht schlicht und einfach um die Lösung der Zwangsrekrutierten-Frage, die einst im Forum der Abgeordnetenversammlung zum nationalen Problem erklärt wurde.

Eine endgültige Lösung dieses Problems wurde schon vor Jahrzehnten versprochen. Aber bislang geschah nichts. Die zuständigen Stellen zeigten taube Ohren. Die Politiker schieben es vor sich her, rechnen nicht nur damit, sie sagen es klipp und klar, bis es sich von selbst löst, wenn keiner der geopferten Generation mehr am Leben ist.

Dazu gehört ganz selbstverständlich, daß jeder Weg zu einer Lösung verbarrikiert werden muß. So wurde offensichtlich die Interpellation Gremling bis auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben. Am 14. März dieses Jahres wurde sie gestellt. Sie muß der Regierung höchst unbequem sein, denn es dauerte mehr als zwei Monate bis der Dreh gefunden war, sie abzuschleppen. Am 17. Mai 1977, als der Interpellant verhindert war an der Kammer Sitzung teilzunehmen, wurde über das Los der Interpellationsfrage namentlich abgestimmt. Und am 22. Juni 1977 unternahm der Staatsminister die Kammer, die Interpellation Gremling werde nach den Sommerferien, das heißt erst im kommenden Monat Oktober vorgetragen werden. Und zwar soll dies mit dem

En cas de décès ou de présomption de décès de ces personnes, l'indemnité passe à leur conjoint, leurs descendants ou ascendants dans la mesure déterminée à l'article précédent.

(Loi du . . . .) «Les personnes visées ci-avant aux alinéas 1, 2 et 3 sont autorisées à opter rétroactivement pour l'indemnisation prévue aux articles 39 à 42 inclusivement. Au cas où elles auront opté pour cette indemnisation, les sommes leur versées sur la base de la disposition concernant l'indemnisation prévue aux alinéas 1, 2 et 3 du présent article 43 sont à imputer comme avances sur l'indemnisation prévue aux articles 39 à 42 inclusivement.»

Les personnes visées à l'article 36 sub 7 jouissent de la faculté d'opter, soit pour l'indemnisation prévue aux articles 39 à 42, soit pour celle prévue au présent article.

## Annexe IV

**Le but de la proposition de loi No 1790 n'est pas de créer de nouvelles charges financières à l'Etat Luxembourgeois et surtout pas en temps de crises économiques.**

Les enrôlés de force ont de tout temps réclamé l'intervention du successeur légal du IIIe Reich au paiement des indemnités pour dommages de guerre. Ils ont toujours proclamé que c'était par trop prétentieux de faire supporter le seul Etat luxembourgeois, voire ses contribuables, les lourdes charges financières découlant des crimes de guerre perpétrés sur les Luxembourgeois pendant l'occupation nazie.

Il est nullement dans l'intention des enrôlés de force que les finances de l'Etat soient grevées supplémentamment de dettes à la suite du vote de la proposition de loi No 1790.

Si pour une raison quelconque et imprévisible une temporisation du paiement d'indemnités pour dommages de guerre s'avérait nécessaire, nous renvoyons expressément aux articles 5. et 7. de la loi du 25 février 1950 sur l'indemnisation des dommages de guerre.

**Art. 5.** Les dommages de guerre seront indemnisés dans les limites des crédits budgétaires.

Le paiement se fera au fur et à mesure des liquidités mises à la disposition du Ministère des Dommages de guerre. Ces liquidités seront utilisées suivant les principes édictés par un règlement d'administration publique à prendre sur avis obligatoire du Conseil d'Etat.

**Art. 7.** L'indemnisation pourra se faire également en rente viagère ou en obligation à émettre par l'Etat.

Ces conditions d'émission, d'attribution, de négociabilité et de remboursement de ces obligations seront déterminées par un règlement d'administration publique.

bis dahin zu erwartenden Gutachten des Staatsrates zum Gesetzesvorschlag geschehen.

Merkwürdige Dinge, die sich da zutragen!

Es kann dann auch nicht, wie im «Letzeburger Land» zu lesen stand, die Rede von einem Wagnis sein, wenn der Deputierte Jean Gremling eine Interpellation der Regierung zum Thema der Zwangsrekrutierten anmeldet. Er macht in diesem Fall lediglich von einem, ihm zustehenden Recht Gebrauch. Ob die Kommandostrukturen der Koalition deswegen «geschockt» worden sind, ist uns nicht bekannt. Wir nehmen es dennoch zur Kenntnis, denn diese Information scheint aus sicherer Quelle zu stammen. Das umso mehr, als man im «Land» derselben Quelle zufolge zu berichten weiß: «Ein Sprecher der

sozialistischen Parlamentsfraktion hat Gremlings Situation wie folgt charakterisiert: 'Bei uns spielt er nur mehr eine Gastrolle!'» Damit ist doch nicht etwa die «Gastrolle» gemeint?

Welche Ansichten allenthalben vorherrschen sollen, soll uns Zwangsrekrutierte wenig kümmern. Fest steht, daß mit dieser Interpellation von Jean Gremling die Regierung nicht provoziert werden sollte.

Wollte man dem Zitat aus dem «Letzeburger Land» Glauben schenken, dann müßte das politische Klima bis zum Unerträglichen mit Spannung geladen sein. Ist nicht etwa das Ränkespiel um die Interpellation Gremling und um die Gesetzesvorlage Nr. 1790 ein frappanter Beweis für derartige Spannungen?

## Rendez-vous am E'Sleck

D'Komeroden aus dem fréieren RAD K 3/40 vu Lübtow hun sech den 14. Mé op en neits getraff. An zwar war daat zu Donkels, an enger romantescher Géigend an eise Ländchen. D'Sonn haat sech fir desen Daag émol durchgesaat an huet domatten beigedroen d'Fréd vum Eremgesinn ze erhiewen.

Am Virmëtteg waar et eng Visite an der SEBES — Statioun zu Esch/Sauer. Enner fachmänneger Léidung gouf eis gewiesen an explizéiert, wéi d'Waasser aus dem Stausee zu Drénkwaasser verschafft get. An dem wonnerbare Gebel, daat hei opericht gin ass, do këntt én nèt aus dem Staunen eraus. Ze félicitéieren sin all déi Leid an Entreprises, déi matt esou

vill lwerléung an Viraussicht mat gehollef hun un desem Wierk. De Besuch huet sech gelount, an all Kéier wann mir e Glas Waasser drénken, gin eis Gedanken zeréck op Esch/Sauer.

Duerno huet de Wé eis op Donkels gefouert. Beim Apéritif gouf dun iwer daat geschwat, waat esou am Laaf vum Joer sech ofgespillt huet an waat mir gedenken am nächste Joer eventuell ze ennerhuelen. Am Hôtel Thilmany war em 13.00 Auer den Dësch gedeckt an 23 Komeroden hun hei matt Messer an Forchette hantéiert. (An nèt wéi fréier mat engem preisesche Spuët) Dem Haus Thilmany gouf all Eier gemaacht. Wéi d'Förscher an d'Jéer, esou waare mir dun och Plättleféer. Mat dénen

Das ganze Getue der letzten Monate ist nicht nur ein Hinhalten der Zwangsrekrutierten. Unseres Erachtens läuft die Vertagung «sine die» der Interpellation auf eine Behinderung der parlamentarischen Kontrollfunktionen hinaus. Und gerade dagegen protestierten — unter anderem —, die 40.393 Luxemburger Stimmberechtigten, die ihre Unterschriften unter die Petition der Zwangsrekrutierten setzten. Und hierin mag wohl auch der Grund zu suchen sein, weshalb die Petition nicht an die Petitionskommission weitergeleitet wurde, sondern an jene Kommission für Kriegsschäden abgeschoben wurde.

Tatsächlich, es geschehen merkwürdige Dinge — — —

H. R.

néidegen Kalorien ass et uschléissend op d'Kélebunn gaang. Vill Präisser stongen eis hei zur Disposition. Mat Doudesveruechtung a mat décke Klatzen ass gespillt gin an déne Neng, déi ennen opericht waaren, blouw weider neischt iwreg ewéi «hinlegen» ze prouwen. Am Enn haat all Komerod e Präiss gewonnen, a wéi d'Sonn esou luës am Gaang war ennerzogen stunge mir erem zerfridden mat eisem Päckelchen dohém bei der Dier. A well daat emmer schéin ass, duerfe mir 1978 rouheg nach eng Kéier probéieren. Op ké Fall sin mir raschdeg genuch, fir bei d'aalt Eisen geluecht ze gin. Au revoir bis zum nächste Rendez-vous.

B. C.

## Manifestation de solidarité franco-Luxembourgeoise

Dans le cadre du congrès de «L'Amicale des Anciens Membres des Services Spéciaux de la Défense Nationale» française, qui eut lieu récemment à Metz, s'est déroulée une «Journée luxembourgeoise». Après avoir fleuri le Monument du Souvenir et celui de la Solidarité Nationale, les membres du conseil d'administration de l'Amicale furent reçus en audience par LL.AA.RR. le Grand-Duc et la Grande-Duchesse. A la caserne de Diekirch, M. Emile Krieps, ministre de la Force publique, accueillit les 200 congressistes en soulignant qu'ils étaient «en-

tourés du prestige de ceux qui n'avaient pas accepté la défaite de 1940». En remettant la Croix de Guerre luxembourgeoise au Colonel Paul Paillolle, président de l'Amicale, il déclara que cette haute distinction s'adressait «non seulement à votre personne, mais à l'ensemble de vos compagnons de lutte», dont plus de trois cents payèrent de leur vie les activités secrètes contre l'occupant.

La randonnée à travers le Grand-Duché se termina par la visite des Caves Coopératives de Wormeldange, où le président du conseil

d'administration de cette réputée société viticole, M. Emile Feidt, prononça l'allocution suivante :

Madame la Maréchale,  
Monsieur le Président,  
Mesdames, Messieurs,  
Mes chers Amis,

Au cours des années, nous avons accueilli des dizaines de milliers de visiteurs. Mais c'est rare que nous recevons des personnalités aussi méritoires, qui n'ont jamais cessé d'œuvrer pour la Liberté. Si les hommes politiques des années trente avaient fait leur devoir avec le même sens des responsabilités que les membres des Services Spéciaux de l'armée française, il aurait peut-être été possible d'éviter la catastrophe de 1940.

De plus, par le refus de la défaite et l'affirmation courageuse de votre loyauté à l'égard d'un allié qui continua seul après l'armistice franco-allemand, la lutte contre Hitler, vous avez sauvé, tout comme le Général de Gaulle, l'honneur de la France.

Comme vous, mes chers Amis, nous avons connu l'horreur de l'occupation. De même que les Alsaciens et les Lorrains, les jeunes Luxembourgeois furent enrôlés de force dans l'armée allemande. Tel était le sadisme des hitlériens, qu'ils obligèrent des Français et des Luxembourgeois à se battre, sous l'uniforme de l'ennemi, contre leurs alliés et contre les intérêts de leur propre pays.

Dans la mesure où des enrôlés de force purent être cachés par des patriotes, ils désertèrent l'armée allemande. Rien qu'à Wormeldange, une localité d'environ neuf cents habitants, il y eut des cachettes individuelles aménagées pour une quarantaine de déserteurs ou de réfractaires.

D'autres réussirent à rejoindre les troupes alliées, souvent avec l'aide de résistants français. Arrivés en Grande-Bretagne, toujours épuisés et parfois malades, ces jeunes gens, comme moi-même, trouvèrent refuge, à Londres, auprès de votre camarade Henri Koch-Kent et de sa charmante épouse Alison. Un très grand nombre de

mes compatriotes, sans nouvelles de leurs familles déportées, bénéficièrent ainsi de l'hospitalité du réconfort moral de ce couple désintéressé, attendant la libération du Grand-Duché, «home» nous remplaçait la patrie temporaire perdue.

Monsieur le Président, j'ai lu, avec le plus grand intérêt, votre livre «Services Spéciaux» que vous avez eu l'amabilité de m'offrir. Je vous remercie vivement de cette attention.

Il faut que la jeune génération sache qu'il y a, dès l'avènement d'Hitler, des âmes d'élite en France comme chez nous, prêtes à tout risquer leur vie et leurs biens, pour s'opposer à un régime qui s'appropriait à nous asservir tous. C'est pour moi que je transmettrai votre ouvrage à ma fille, qu'elle apprenne à connaître cette époque terrible que vous décrivez avec tant de talent.

Pour assurer enfin le respect de la loi internationale et la sauvegarde de la Paix, nous devons nous inspirer de la devise de votre pays, c'est-à-dire de la trilogie: liberté, égalité, fraternité.

Je vous prie de lever vos verres et de boire à l'amitié franco-luxembourgeoise, ainsi qu'à la fraternité des peuples.

Au nom de l'Amicale, le président Paillole et Madame la Maréchale de Lattre de Tassigny prirent successivement la parole pour remercier Monsieur Feidt.

Il est à noter que l'organisation de la «Journée luxembourgeoise» avait été confiée à notre ami Henri Koch-Kent, membre d'honneur de l'Amicale. C'est lui qui présenta aux Souverains dans les salons du Château de Berg, les personnalités françaises telles Madame la Maréchale de Lattre de Tassigny, l'Amiral Midoux, le Général Labadie, les Colonels Culas, Garder, Paillole et Simoneau, Madame Blanc, la fille du Général Giraud, ainsi qu'une dizaine d'autres personnes.

L'absence du Colonel Doudot, retenu chez lui pour des raisons de santé, fut unanimement regretté par ses camarades.

**N'oubliez pas !**

**Réservez le ...**

**11 septembre 1977**

**dans la capitale.**

**Journée commémorative nationale  
des Victimes du Nazisme, Enrôlées de Force**

Cérémonies devant le Monument national de la déportation civile et militaire et devant le Monument National au «Kanounenhiwel».

Le programme sera publié au prochain bulletin.



Au monument national de la déportation civile et militaire, Luxembourg-Hollerich

## Commémoration de l'Armistice 1945

Le 8 mai 1945 restera pour les Enrôlés de Force une date mémorable qu'ils ont apprise parfois dans des circonstances bien tragiques et sans espoir d'un sort meilleur.

Samedi le 7 mai 1977, veille du Congrès national à Wormeldange, la section des Enrôlés de Force de Luxembourg-Ville s'était rendu en gare de Hollerich pour déposer des fleurs au nom du comité central au pied du Monument National de la Déportation Civile et Militaire en souvenir de 3.500 camarades qui n'ont jamais revu leur patrie libérée et de tous les déportés civils qui n'ont pas survécu à la tourmente.

Une délégation des Anciens de Tambow participait avec le président Metty Scholer et son drapeau (confectionné avec des loques ramenées d'un séjour ignoble) à cette cérémonie de commémoration. Des Alsaciens qui, de passage à Luxembourg, avaient exprimé le désir de rencontrer leurs compagnons d'infortune, étaient venus se joindre aux enrôlés de force luxembourgeois.

Dans son adresse de bienvenue aux membres du groupe alsacien, parmi lesquels se trouvaient également des maquisards vosgiens et des anciens combattants de 1914-18 (dont un vétéran de 92 ans fort gaillard), le président de la section André Frisch rappela la signification

de ce modeste monument en un lieu historique que la section de Luxembourg a tiré de l'oubli. Il se concentra ensuite sur le sort abominable de la population d'Alsace, de Lorraine et du Luxembourg, et plus particulièrement de cette jeunesse d'alors qui devait subir l'outrage le plus vil qui soit.

Une deuxième cérémonie, aussi simple et émouvante, devait avoir lieu ensuite devant le Monument National de la Solidarité Luxembourgeoise au «Kanounenhiwel» où le camarade alsacien Auguste Blind, un rescapé de Tambow, déposa une gerbe avec palmes au nom de la section de Sélestat de la Fédération Ouvrière et Paysanne des Anciens Combattants 14-18 et 39-45 pour honorer l'attitude exemplaire du peuple luxembourgeois sous l'occupation nazie.

Profondément marqués par cette aventure tragique qui a bouleversé notre vie, nous tous, enrôlés de force d'Alsace, de Lorraine et du Luxembourg, nous ne manquerons jamais à l'appel tant que nous vivrons et nous resterons — contre toutes intrigues partisanses — ceux qui ont spontanément sacrifié leur jeunesse pour sauver leurs familles et leur patrie, sans calcul et sans équivoque.

Ce que d'aucuns ont refoulé de leur mémoire, parce qu'ils ne comprendront jamais!

A. F.





Les Alsaciens avec leurs amis luxembourgeois devant le monument national de la solidarité luxembourgeoise

## Der nationale Kongreß der «Association des Enrôlés de Force, Victimes du Nazisme» am 8. Mai 1977 in Wormeldingen

(I)

Noch ist in unser aller Erinnerung der Kongreß vom 16. Mai 1976 in Rodange und schon ist derjenige von 1977 vorbei, — gehört der Vergangenheit an. Die Kameraden aus Wormeldingen, die verantwortlich zeichneten für die Organisation des Kongresses 1977, mögen «uff» gesagt haben, als er vorbei war und alles wie am Schnürchen geklappt hatte. Aber, — und das ist eine erfreuliche Feststellung — es wird noch lange vom Wormeldinger Kongreß die Rede sein. Nur selten haben so viele Delegierten an einem Kongreß teilgenommen als gerade in Wormeldingen.

Mustergültig vorbereitet, wickelten sich die Arbeiten zeit- und plangerecht ab. Ein Glück, daß ein Saal ungewöhnlichen Fassungsvermögens wie jener des Wormeldinger Kulturzentrums zur Verfügung stand. Nicht weniger als 170 Personen, (geladene Gäste und die Delegierten der verschiedenen Landesektionen) nahmen an der Tagung teil. Angesichts dieser außergewöhnlich starken Beteiligung, scheint erwiesen, daß es keineswegs leere Worte sind, wenn der Zentralvorstand sagt: «Mir gin eis net!»

Kurz nach 9 Uhr eröffnete Kamerad Roger Thill, Präsident der Wormeldinger Sektion, den Kongreß. Er begrüßte den Herrn Bürgermeister und die Gemeinderatsmitglieder Wormeldingens, die Redner der akademischen Sitzung, den Zentralvorstand und die Landesdelegierten, hieß alle herzlich willkommen und gab seiner Freude Ausdruck über die zahlreiche Teilnehmerschaft.

An diesem Tag möchte er besonders an zwei wichtige Daten erinnern, die in der Geschichte Luxemburgs und mehr noch im Leben der Zwangsrekrutierten eine sehr bedeutende Rolle spielten, sagte Roger Thill. Das erste hier angesprochene Datum sei der 10. Mai 1940. Es war das der Freitag vor Pfingsten. Am Morgengrauen jenes Tages hatten die Deutschen unser Land überfallen. Es war das der Beginn einer langen, düsteren Periode, in der Bäche von Tränen und Blut flossen. Mit diesem Tag brach viel und unsägliches Leid über Luxemburg und seine Bevölkerung herein.

Dann ist es das Datum des 8. Mai 1945, als die deutsche Wehrmacht bedingungslos kapitulierte und damit der bis dahin mörderischste Krieg endlich beendet war. Seitdem lebten wir

in Frieden, das heißt, es hat in unserer Region keinen Krieg mehr gegeben. Doch sei es bis heute, 32 Jahre danach, noch immer nicht zu einem Friedensvertrag mit den Kriegsverlierer, mit den Deutschen gekommen.

Die hier Anwesenden gehören, bis auf wenige Ausnahmen, zu den 20.000 Mädchen und Jungen Luxemburgs, die in den Kriegsjahren zum RAD, zur Wehrmacht und zu anderen paramilitärischen Formationen des nationalsozialistischen III. Reiches verschleppt wurden, sagte Roger Thill. Er erinnerte daran, daß 3.500 Zwangsrekrutierte ihre Heimat nie wiedersahen. Sie sind tot oder gelten als vermißt. Ihnen sind die Luxemburger zum Dank verpflichtet und ihrer gedenken wir am heutigen Tag.

Die Zurückgekehrten tragen ihrerseits heute schwer an den Folgen des Erlebten und Durchgestandenen. In erschreckendem Maß hat auch ihre Zahl abgenommen.

In Anbetracht all dessen, was man uns in der Heimat antat, nachdem wir aus der Hölle zurückgekehrt waren; der daraus entstandenen Probleme, deren Lösungen immer noch ausstehen, sei die Devise: «Mir gin eis net!» sehr wohl am Platz. Dem Kongreß einen vollen Erfolg wünschend, gab Roger Thill alsdann das Wort an den

### Landespräsidenten Jos. Weirich.

Zu Beginn seiner einleitenden Ansprache, begrüßte er die Gäste und die zahlreichen Delegierten. Wie in den Vorjahren, so finde auch dieses Jahr vor den mehr spezifischen Kongreßarbeiten eine akademische Sitzung statt. Es werde jeweils ein Thema behandelt, das die Zwangsrekrutierten ganz besonders interessiere. Im Zentralvorstande sei man übereingekommen, aus Gründen der Aktualität, die Nuklearfusion als Energiequelle in einer möglichst verständlichen Form behandeln zu lassen. Der Anlaß dazu war, — wie könnte es anders sein? — der in Remerschen zu errichtende Atomreaktor. Mancheiner wird sich gefragt haben: «Was geht das die Zwangsrekrutierten an?»

Nun, so führte der Landespräsident aus, die Zwangsrekrutierten sind sehr wohl mit ihren Problemen vertraut. Sie wissen genau wie es dazu kam, wo und was deren Ursprung ist. Jedem sei bekannt, daß kürzlich unser Großherzog Staatsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland machte. Wir hatten gehofft, ja erwartet, daß bei jener Gelegenheit unser Problem zur Sprache käme. Das umso mehr als nach dem Staatsbesuch von Bundespräsident Gustav Heinemann uns immer, und immer wieder versichert worden war, das Problem der Zwangsrekrutierung sei keineswegs abgeschrieben. Im Gegenteil, Luxemburgs Regierung könne jederzeit in Bonn vorstellig werden und eine Regelung verlangen.

Es erschien uns als Selbstverständlichkeit, daß dieses Problem gerade bei dieser Gelegenheit zur Sprache gebracht würde. Es ist doch

so, daß, wer freundschaftliche Bande knüpfen will, vorerst alten Hader, Zwist und ganz besonders alte Streitigkeiten beseitigen muß.

Wir waren denn auch nicht wenig erstaunt, als in der Fülle der Berichte über den Staatsbesuch in der BRD kein Wort über die Reparation eines schrecklichen Kriegsverbrechens, begangen von den Deutschen an den Zwangsrekrutierten, zu finden war. Nicht nur das, in Bonn erklärte Luxemburgs Staatsminister vor der internationalen Presse, zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Luxemburg gäbe es keine Streitsache mehr.

Wie zu erfahren war, wurde über alles Mögliche gesprochen, unter anderem auch über den am luxemburgischen Moselufer zu errichtenden Atomreaktor. Man ließ uns stolz wissen, die Bundesrepublik hätten sich Luxemburg gegenüber verpflichtet, unseren anfallenden Atommüll abzunehmen. Dabei wissen die Deutschen nicht einmal, was sie mit dem ihrigen anfangen sollen.

Mitunter hatte man den Eindruck, die Staatsvisite unseres Großherzogs finde lediglich statt wegen der Stromenergie und deren Beschaffung. Wir hatten zuweilen den Eindruck als wäre der Staatsbesuch nur Elektrizitätshalber aufgezogen worden.

In der Vergangenheit haben wir Zwangsrekrutierte mancherlei Erfahrungen gemacht, ganz besonders dann, wenn Luxemburgs Verantwortliche mit den Deutschen verhandelten. Nichts lag greifbar näher als die Frage: «Ist es in diesem Fall nicht etwa zu einem ähnlichen Kuhhandel gekommen wie im Jahre 1959 als der deutsch-luxemburgische Reparations-, lies Ausgleichs-, lies Staatsvertrag zustande kam?» Nachträglich stellte sich heraus, daß es nur ein elendiger «Schandvertrag» war, etwas, worauf Luxemburgs Politiker aber auch gar nicht stolz zu sein brauchen.

Durch allerlei Erlebtes und durch mancherlei Begebenheiten äußerst skeptisch gemacht, fragen wir Zwangsrekrutierte uns: «Wurde bei jenem Staatsbesuch, ebenso wie einst 1959, großzügig auf dies oder jenes verzichtet? Wurden nicht etwa unsere berechtigten Forderungen wegen etwas ganz Bestimmten, zum Beispiel wegen des Atomreaktors, fallengelassen?» Alles spricht für diese, unsere Annahme. So wie die Dinge bis dahin sich entwickelt hatten, deutet alles darauf hin, daß die in Sachen Atom sehr stark engagierten Politiker unseres Landes mit keiner Wimper zucken, die Zwangsrekrutierten nochmals zu verkaufen, wenn erstere damit ihrem Ziel auch nur einen kleinen Schritt näher kommen. In der Vergangenheit wurden die Zwangsrekrutierten verschiedentlich sozusagen als Handelsware und als Druckmittel benutzt.

Nicht von ungefähr habe man im Zentralvorstande sich geeinigt, bei Gelegenheit des Kongresses von 1977 die Atomenergie und die damit betriebenen Kraftwerke zur Elektrizitätserzeugung zum Thema des Tages zu wählen. So-

wohl die Kameraden des Zentralvorstandes als auch die Landesdelegierten sollen für einmal die Informationen erhalten, die unbedingt erforderlich sind, will man überhaupt noch Einfluß nehmen, oder auch nur in etwa verstehen, was an oberster Stelle in unserem Lande über die Köpfe der Bürger hinweg für die Zukunft verfügt wird.

Das sei, so fuhr der Redner fort, kein leichtes Unterfangen. Dem Zentralvorstand geht es darum, objektive Informationen bezüglich der Atomspaltung und der Atomkraftwerke zu erhalten und zu vermitteln. Das ist umso schwieriger, als zum gegebenen Zeitpunkt zwei absolut gegensätzliche Standpunkte sich herauskristallisiert haben. Die Befürworter des Atomkraftwerkes, das in Remerschen errichtet werden soll, sagen ja und dessen Gegner sagen nein dazu. Doch wer auch nur ein klein wenig überlegt, der wird sich mit diesem simplistischen Ja einerseits und dem Nein andererseits nicht zufrieden geben. Wer von uns möchte zu einer wichtigen Sache ja oder nein sagen, nur weil diese oder jene aus seinem Bekanntenkreis sich entweder dafür oder dagegen aussprechen? Wenn jener andere in den Brunnen springt, tut man es ihm doch nicht nach!

Es geht den Zwangsrekrutierten nicht um Propaganda für oder gegen das Atom als Energiequelle. Wie bereits gesagt, hier geht es ganz einfach um objektive Aufklärung. Erst danach soll ein jeder bei sich und für sich entscheiden, wie er sich zu dem luxemburgischen Atomprojekt stellt.

Um offene und ehrliche Aufklärung hat sich der Zentralvorstand bemüht. Deswegen wurde unser Staatsminister von unserem Vorhaben schriftlich unterrichtet. Er wurde ersucht, eine Fachkraft des zuständigen Ministeriums zu bestimmen, um uns in aller Objektivität zu informieren. In seinem Antwortschreiben beglückwünschte uns der Staatsminister für unsere Initiative, teilte uns dann aber auch gleichzeitig mit, er sähe es nicht für angezeigt, wenn zum gegebenen Zeitpunkt eine von der Regierung designierte Person zu diesem bestimmten Thema in der Öffentlichkeit sprechen würde. Ein Beeinflussung unserer Delegierten wäre nicht angebracht. So wurde dann eben auf einen Beitrag der Regierung verzichtet. Und hätte man uns nur den Standpunkt der Regierung dargelegt, das wäre uninteressant gewesen. Er ist ohnehin weitlich bekannt.

Im Zentralvorstande habe man sich dann umgesehen, — so fuhr der Redner fort, — und es wurden drei Fachleute verpflichtet, die sich bereit erklärt hatten, das Thema «Atom» und «Atomkraftwerke» zu behandeln. Es sind das der Reihe nach, wie sie unter sich übereingekommen sind, ihre Referate vorzutragen, folgenden Herren:

1. François Colling, Ingénieur diplômé, école Polytechnique Fédérale de Zurich, ancien collaborateur à l'EURATOM, ingénieur AR-BED-Recherches.

2. Claude Wehenkel, docteur es sciences, maître-assistant à l'Université Paris XI, expert au groupe de travail «politique énergétique» du Conseil Economique et Social.
3. Norbert Stomp, biologiste, professeur à l'Athénée, Chargé de cours aux Cours Universitaires.

Die dann folgenden Referate dieser drei Herren waren ungemein interessant und äußerst lehrreich. Mehr als zwei Stunden lang lauschten die Kongressisten aufmerksam den Ausführungen der drei Redner. Wegen Zeit- und Platzmangel sehen wir uns gezwungen vorerst auf ein Abdrucken der gesprochenen Texte zu verzichten. Wir werden sie zu späterem Zeitpunkt veröffentlichen. Sie werden noch genauso aktuell sein wie jetzt.

Nach den drei Vorträgen dankte der Nationalpräsident den Herren François Colling, Claude Wehenkel und Norbert Stomp recht herzlich und überreichte einem jeden von ihnen je ein Exemplar des Buches «Die geopferte Generation», geschrieben von Francis Steffen. Damit fand die akademische Sitzung ihren Abschluß.

Gleich anschließend fuhren starke Delegationen auf die «Wormer Koepchen», allwo sich das «Monument aux Morts» befindet. In einer kurzen Gedenkzeremonie wurde den vielen toten Kameradinnen und Kameraden gedacht. Ueberdem die «Sonnerie aux Morts» erklang, wurden Blumen vor dem Erinnerungsmal niedergelegt.

Gegen viertel vor zwölf Uhr gab die Gemeindeverwaltung sich die Ehre. In der Empfangshalle des «Centre Culturel» wurde den Kongressisten ein Ehrenwein angeboten. Bei dieser Gelegenheit ergriff Bürgermeister Joseph Pündel, ebenfalls Zwangsrekrutierter, umgeben von den Wormeldinger Schöffen und Gemeinderäten, das Wort zu einer kurzen Ansprache. Er begrüßte alle Anwesenden, hieß sie herzlich willkommen im Moselstädtchen Wormeldingen und wünschte ihnen recht viel Erfolg bei den Arbeiten der Tagung.

Nach dem Herrn Bürgermeister erklärte der Nationalpräsident Jos. Weirich Sinn und Zweck der zu verleihenden Auszeichnungen, dem «Ruban en or et en argent». Damit würden jedes Jahr eine Reihe verdienstvoller Kameraden ausgezeichnet werden. Wenn eine Organisation wie die der Zwangsrekrutierten landweit funktionieren soll, müssen sich stets und ständig Kameraden finden, die sich mehr als andere einsetzen, die sozusagen auf Abruf bereit sind, wenn der Zentralvorstand oder die Sektionsvorstände ihrer bedürfen, sei es um außergewöhnliche Arbeiten zu verrichten oder jedesmal präsent sind, wenn dazu aufgefordert. Es sind das solche Kameraden, die im Kampf um die gemeinsame und gerechte Sache der Zwangsrekrutierten ungewöhnliche Leistungen in der Vergangenheit vollbrachten.



In Wormeldingen wurden folgende Kameraden ausgezeichnet:

**Ruban en or :**

Flammang Georges, Belvaux/Sanem  
Knepper Marcel, Mamer  
Wack Edouard, Obercorn  
Renard Léon, Roeser.

**Ruban en argent :**

Schmit Emile, Belvaux/Sanem  
Koster Raymond, Belvaux/Sanem  
Bruck René, Canach  
Kummer Jos., Canach  
Jung Jean-Pierre, Canach  
Ludwig Roger, Canach  
Kettel Louis, Dudelange  
Mergen Olivier, Dudelange  
Majerus Ferdinand, Dudelange  
Schmit Roger, Dudelange  
Weiler Pierre, Dudelange  
Schmit Josy (abbé), Esch-Alzette  
Dr. Majerus Nic., Esch-Alzette  
Weissen Armand, Hesperange  
Schmitz Arthur, Hesperange  
Heinen Pierre, Hesperange  
Thinnes Jos., Hesperange  
Zoenen Marcus, Hosingen  
Brachmann Michel, Hosingen  
Maar Marcel, Niedercorn  
Lallemang Norbert, Niedercorn  
Kleren Marcel, Niedercorn

Wampach René, Obercorn  
Thein Marcel, Rédange/Attert  
Théobald Jean, Schifflange  
Metz Josy, Schifflange  
Kessler André, Schifflange  
Engstler Jean, Troisvierges  
Foetz Nicolas, Walferdange  
Linden Nicolas, Walferdange  
Steil Arthur, Walferdange  
Tescher Camille, Walferdange  
Kousmann Emile, Wormeldange  
Steinmetz Jos., Wormeldange  
Weyrich Jos., Wormeldange  
Pundel Jos., Wormeldange  
Thewes Erny, Wormeldange  
Promme Jos., Differdange  
Wilmes Mich., Differdange  
Schockmel Théo, Differdange  
Probst Albert, Sandweiler  
Schreiner Edmond, Sandweiler

Nachträglich gratulieren wir unsererseits nochmals den Ausgezeichneten recht herzlich, und wünschen ihnen allen, daß sie ihr «Ruban» noch recht lange tragen dürfen.

Anschließend an diese intime Feier wurde in den Gaststätten Weyrich-Linster, Wormer Stuff (Inh. Herr Reding) in Wormeldingen, und im Hause Schmit-Hengel, Oberwormeldingen das Mittagessen serviert. Das in allen drei Restaurants aufgetragene Menü, welches überall das gleiche war, machte den drei Häusern alle Ehre.